



FÖRDERVEREIN
GEDENKSTÄTTE
BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN



NR. 1 | 2012 | 8. Jahrgang
NACHRICHTENINFO 24

NACHRICHTENINFO 24

IHRE UNTERSTÜTZUNG

Der Förderverein freut sich auf Ihre Mithilfe. Mitglieder können Personen oder Organisationen werden, die dessen Ziele ideell und materiell unterstützen wollen.

Organisationen oder privatwirtschaftliche Unternehmen, die den Förderverein unterstützen, werden von der Gedenkstätte auf Wunsch öffentlich erwähnt.

Für Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge stellen wir Ihnen eine Spendenbescheinigung aus.

SPENDENKONTO

Förderverein Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen

Commerzbank Berlin
KTO 622 622 900
BLZ 120 400 00

INHALT

Geleitwort	04 05
Nekrologe	06 08
Gedenkstätten-Chefsekretärin Michaelae Lampe im Ruhestand	09
Hessische Kultusministerin besucht Gedenkstätte	10
Britischer Botschafter besucht Gedenkstätte	11
Berliner Chemicell GmbH unterstützt Förderverein finanziell	12 13
Das „Trauma der zweiten Generation“. Erfahrungen von Kindern politischer DDR-Häftlinge	14
Neuer Bezirksbürgermeister Andreas Geisel bei Dr. Hubertus Knabe	15
Kurznachrichten	16 17
Gedenkstätte unterstützt Aufklärung der kommunistischen Verbrechen in Kambodscha	18
Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller fordert Freilassung von Liu Xiaobo	19
Dienstszitz von Stasi-Minister Erich Mielke saniert und der Öffentlichkeit übergeben	20 21
Tobias Voigt, Peter Erler: „Medizin hinter Gittern. Das Stasi-Haftkrankenhaus Berlin-Hohenschönhausen“	22
Karl Wilhelm Fricke: „Praxis der Anwaltstätigkeit in der SBZ und in der DDR“	23
Heike Hoffmeister: „Strafvollzugsanstalt Rummelsburg 1951-1990“	24
Filmpremiere: „Nachholen gibt's nicht“	25
Matthias Bath: „Danebrog gegen Hakenkreuz. Der Widerstand in Dänemark 1940-1945“	26



Geleitwort



Liebe Mitglieder und Freunde des Fördervereins,

der Vorstand arbeitet derzeit intensiv an den Vorbereitungen für die Verleihung des Hohenschönhausen-Preises. Nach 2008 und 2010 wird diese Auszeichnung zum dritten Mal an eine Persönlichkeit verliehen, die sich in besonderer Weise um die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur verdient gemacht hat. Die bisherigen Preisträger, der Schriftsteller Joachim Walther und der Publizist Karl Wilhelm Fricke haben Maßstäbe gesetzt. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und kann auch geteilt werden. Er wird erneut in feierlichem Rahmen in Berlin verliehen. Der Festakt ist bereits terminiert:

Am 7. November werden Jahresmitgliederversammlung und Festakt einen politischen Höhepunkt während einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages darstellen. Es ist uns gelungen, unser verehrtes Gründungsmitglied, Vizepräsident des Deutschen Bundestages Dr. Hermann Otto Solms, MdB, als Laudator zu gewinnen.

An unsere Mitglieder und Freunde darf ich höflich appellieren, zu prüfen, ob Sie die Preisverleihung finanziell unterstützen können. Unser Schatzmeister Holger Krestel, MdB, freut sich über Ihren Anruf. Mit Blick auf die bevorstehende Preisverleihung sind wir Herrn Christian Bergemann für seine großzügige Spende sehr dankbar. Der Förderverein lebt vom Engagement, auch dem Finanziellen, seiner Mitglieder und Freunde.

Zum Engagement zählt auch die ideelle Unterstützung. Wir möchten unsere Mitglieder und Freunde bitten, dem Vorstand Persönlichkeiten zu benennen, die Sie für den Hohenschönhausen-Preis für geeignet halten. Die Jury freut sich auf Vorschläge. Einsendeschluss für Nominierungsvorschläge und Bewerbungen ist der 25. August 2012 (Poststempel).

Der Förderverein wendet sich mit einer weiteren Bitte an Sie. Seit einiger Zeit stagniert die Mitgliederentwicklung. Erfreuliche Neueintritte werden egalisiert durch bedauerliche Todesfälle. Es würde unserem Förderverein gut tun, wenn noch mehr jüngere Menschen den Weg zu uns finden würden. Der zutreffende Hinweis, dass die deutsche Gesellschaft altert, ist richtig, hilft aber nicht weiter. Ich möchte Sie deshalb sehr herzlich bitten, in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis für die Ziele des Fördervereins zu werben. Wir stellen Ihnen gern Informationsmaterial zur Verfügung.

Der Förderverein gratuliert sehr herzlich seinen beiden Gründungsmitgliedern Prof. Dr. Arnulf Baring und Vera Lengsfeld zum Geburtstag. Der renommierte Politikwissenschaftler hat am 8. Mai sein 80. Lebensjahr vollendet. In dem Glückwunschsreiben des Vorstands heißt es u. a. „es ist von hohem Wert, dass Sie die Fesseln der politischen Korrektheit längst abgelegt haben und im wahrsten Sinne des Wortes Klartext reden. Danke lieber Herr Baring“. Unser verehrtes Gründungsmitglied gehörte 2008 und 2010 der Jury an, die den Preisträger des Hohenschönhausen-Preises nominiert hat. Wir hoffen, dass wir auch in diesem Jahr mit dem kompetenten Urteil von Arnulf Baring rechnen dürfen.

Vier Tage zuvor, am 4. Mai, hat Vera Lengsfeld ihren 60. Geburtstag gefeiert. Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin hat in ihrem Widerstand gegen die kommunistische Diktatur großen Mut bewiesen. Ihr kommt das Verdienst zu, zusammen mit anderen Freiheitskämpfern das SED-Regime zum Einsturz gebracht zu haben. Heute zählt die frühere Bundestagsabgeordnete zu den Besucherreferentinnen der Gedenkstätte. „Lengsfeld ist immer ausgebucht“, heißt es im Besucherdienst der Gedenkstätte, der die Führungen durch das frühere Stasi-Gefängnis organisiert und koordiniert.

Das nächste Nachrichteninfo wird die 25. Ausgabe unseres Mitteilungsblatts sein. Es erscheint nunmehr im 8. Jahrgang. Der Vorstand würde sich sehr freuen, wenn Sie, liebe Mitglieder und Freunde, uns kurz Anregungen, Wünsche und natürlich auch Kritik mitteilen würden, gern auch per E-Post (info@foerderverein-hsh.de).

Zunächst liegt die Ausgabe 24 vor Ihnen. Im Namen des Vorstands wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre und hoffe von Ihnen zu hören. Spätestens am Abend des 7. November.

Ihr Jörg Kürschner





Nekrolog

von Gerold Hildebrand

Katharina Gajdukowa

* 10. Mai 1967, † 15. November 2011

Der Förderverein trauert um sein Mitglied Katharina Gajdukowa, das – wie erst kürzlich bekannt wurde – im November 2011 verstorben ist.

Katharina Gajdukowa hat unserem Verein seit August 2007 angehört und sich für eine angemessene Opferentschädigung sowie gegen eine Verklärung der kommunistischen Diktatur eingesetzt.

Das Leben der Diplom-Pädagogin war im SED-Staat von Verfolgung geprägt. Weil sie Kontakt zur missliebigen Punk-Szene hatte, wurde sie mit 16 Jahren von der staatlichen „Jugendhilfe“ in einen Jugendwerkhof eingewiesen. Später schloss sie sich oppositionellen blockübergreifend wirkenden Friedensgruppen an, bespitzelt von einer engen Freundin.

Erst nach der Friedlichen Revolution konnte sie ein Studium aufnehmen und erhielt eine Opferentschädigung. Zuletzt hatte sie an der Philipps-Universität Marburg einen Lehrauftrag und arbeitete am dortigen Zentrum für Konfliktforschung.

In ihre Ringvorlesungen zur demokratischen Revolution von 1989 bezog sie auch Zeitzeugen ein wie Joachim Gauck, Andreas H. Apelt, Bernd Lipp-



mann, Werner Schulz und Wolfgang Templin – Fremdkörper im „roten Marburg“.

Ein Thema, das Sie für längere Zeit verfolgte, war der Opfer-Täter-Ausgleich in post-sozialistischen Gesellschaften. Eigentlich wollte sie noch über das Thema promovieren. Mitte 2011 war sie, schwer erkrankt, wieder nach Berlin gezogen. Sie litt an Depressionen. Wenn es ihr gut ging, konnte man sie – immer gute Laune verbreitend – zu verschiedensten Aufarbeitungs-Veranstaltungen treffen. Doch die Schatten der DDR-Vergangenheit ließen sie zeitlebens nicht los. Sie hinterlässt einen 21jährigen Sohn.



Nekrolog

von Jörg Kürschner

Heinz-Peter Brakelmann

* 7. April 1958, † 11. Juni 2011

Der Förderverein trauert um sein Mitglied Heinz-Peter Brakelmann. Der CDU-Politiker ist dem Förderverein 2008 beigetreten. Bedauerlicherweise haben wir erst jetzt von dessen Tod erfahren.

Heinz-Peter Brakelmann hat sich zu den Zielen unseres Vereins bekannt; ohne Aufhebens eben selbstverständlich. Der Wuppertaler hat dem Landtag von Nordrhein-Westfalen von 2005 bis 2010 angehört. Vor den Abgeordneten hat Fraktionschef Karl-Josef Laumann den Verstorbenen gewürdigt.

„Mit Bestürzung hat die CDU-Landtagsfraktion von dem viel zu frühen Tod des 53-Jährigen erfahren. Brakelmann war von 2005 bis 2010 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Wuppertal II in den Landtag eingezogen. Dort brachte der gelernte Betriebsschlosser und Betriebsrat der Wuppertaler Stadtwerke seine Kompetenz insbesondere in den Feldern Gesundheit und Soziales ein. „Aber auch für die strukturschwachen Städte insbesondere des Bergischen Landes ergriff Brakelmann stets und unüberhörbar Partei.

Der Einsatz für die Menschen, ob als Kollege an seiner Arbeitsstätte oder für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hat das politische Leben von Peter Brakelmann geprägt. Deshalb auch hat er sich in die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, CDA, eingebracht.

Seit 2003 gehörte er dem Landes- und Bundesvorstand der CDA an. Die CDU-Landtagsfraktion verneigt sich vor der politischen Arbeit Peter Brakelmans. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.“



© Alle Rechte beim Landtag NRW, Fotograf: Schälte, Bernd



Nekrolog

von Jörg Kürschner



Herbert Buley

* 1. Oktober 1926, † 23. Dezember 2011

Einen Tag vor Weihnachten ist Herbert Buley, ein Anführer des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, im Alter von 85 Jahren in seiner Heimatstadt Berlin gestorben.

Buley arbeitete im Kabelwerk Köpenick, wo er seine Kollegen dazu aufrief, sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Schließlich übernahm er sogar die Streikleitung. Daraufhin wurde der 1926 geborene Maschinenarbeiter von der Staatssicherheit festgenommen und in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen gebracht. Zwar wurde er Anfang Juli 1953 wieder entlassen, jedoch erfolgte bereits sechs Wochen später, im September 1953, eine erneute Verhaftung.

Man warf ihm vor, als Anführer den Amerikanern zum 3. Weltkrieg verhelfen zu wollen. Im März 1954 wurde er schließlich in die Untersuchungshaftanstalt nach Berlin-Rummelsburg verlegt, wo er auch seine Haftstrafe verbüßen sollte. In einem Prozess mit drei Angeklagten verurteilte man ihn letztendlich zu vier Jahren Gefängnis, im Juni 1956 wurde Buley vorzeitig entlassen.

Daraufhin entschloss er sich, mit seiner Familie in den freien Teil Berlins zu gehen, wo er bis zu seiner Rente einem kaufmännischen Beruf nachging. Zudem gründete er in Berlin (West) mit anderen antikommunistischen Widerstandskämpfern den Arbeitskreis 17. Juni. Buley wurde 1991 juristisch rehabilitiert.

Gedenkstätdirektor Hubertus Knabe sagte zum Tod Buleys: „Wir verlieren einen besonders verdienstvollen Anführer des Aufstandes vom 17. Juni 1953.“



Gedenkstätten-Chefsekretärin Michaela Lampe im Ruhestand

von Jörg Kürschner

Michaela Lampe gehörte gewissermaßen zum Inventar der Gedenkstätte. „Das Vorzimmer“ des Direktors war seit Anbeginn dabei, also seit Herbst 2000.

Als Chefsekretärin und Direktionsassistentin hat sie die die „Genslerstraße 66“ mit aufgebaut, die rasante Entwicklung von einer zunächst kaum bekannten zu der mittlerweile bedeutendsten Gedenkstätte mit gestaltet, die über Menschenrechtsverletzungen in der zweiten deutschen Diktatur informiert. Und sie wurde auch Zeuge der vielfältigen Verleumdungen der Gedenkstätte und ihres Direktors; nicht nur von kommunistischen Betonköpfen sondern auch von Zeitgeisthistorikern.

Michaela Lampe war Ansprechpartnerin auch für den Stiftungs- und Beirat, für die wachsende Mitarbeiterschar und natürlich für den Förderverein. Und sie konnte notfalls auch Leute abwimmeln, eine für diese Stellenbeschreibung wohl notwendige Eigenschaft. Ende März ist „030 98 60 82-401“ in den Ruhestand gegangen.

„Sie wussten, dass mit der Gründung des Vereins vor bald neun Jahren Mehrarbeit auf Sie zukam. Doch Sie haben uns (mich) immer unterstützt und stets ein offenes Ohr für unsere Belange gehabt“, heißt es im Dankeschreiben des Vorstands.



Michaela Lampe (links) mit wiss. Assistentin Daniela Martinowa während der Abschiedsfeier am 8. März

Für den Ruhestand hat der Förderverein Frau Lampe ein Kniekissen geschenkt, das ihr die geliebte Gartenarbeit erleichtern dürfte.

Der Förderverein dankt Ihnen sehr herzlich, liebe Frau Lampe.





Hessische Kultusministerin besucht Gedenkstätte

von Jörg Kürschner



Dorothea Henzler (links) im Gespräch mit Hubertus Knabe und Besucherreferent Michael Lotsch

Erneut hat ein Mitglied der hessischen Staatsregierung die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen besucht.

Mitte Februar besichtigte Kultusministerin Dorothea Henzler das ehemalige Stasi-Gefängnis. Anlass ihres Besuches war die Herausgabe einer neuen Handreichung zur DDR-Geschichte für hessische Lehrer. Nach ihrem Besuch erklärte die FDP-Politikerin: „Ich nehme den Auftrag mit, diese Zeiten im Bewusstsein der Jugend wach und in Erinnerung zu halten. Freiheit muss immer neu erarbeitet werden.“

Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe erklärte nach dem Besuch: „Was Hessen für die Aufklärung von jun-

gen Menschen über die SED-Diktatur leistet, ist vorbildhaft. Ich würde mir wünschen, dass auch andere Bundesländer diesem Beispiel folgen. Es ist Aufgabe der Bildungspolitik, den Nachgeborenen die Erfahrung der kommunistischen Diktatur zu vermitteln.“

Hessen ist das einzige Bundesland, das Schülerbesuche in der Gedenkstätte fördert.

Im vergangenen Jahr haben rund 13.000 hessische Schüler an einer Führung durch das ehemalige Stasi-Gefängnis teilgenommen. Fast 2.000 Schüler engagierten sich an Projekten, die mit Unterstützung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt wurden.

Das Förderprogramm wird auch in diesem Jahr fortgesetzt. Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) ist seit über sechs Jahren Mitglied des Fördervereins. Dessen Amtsvorgänger Roland Koch (CDU) hatte bei seiner Visite in Hohenschönhausen die Familie „im Gepäck“.

Zahlreiche Mitglieder des Kabinetts wie die früheren Minister Christean Wagner oder Volker Hoff haben sich in den letzten Jahren vor Ort über die Verbrechen der Kommunisten informiert. ■



Britischer Botschafter besucht Gedenkstätte

von Jörg Kürschner



Michael Lotsch im Gespräch mit Botschafter Simon McDonald, rechts Vize-Gedenkstättenchef Hellmuth Frauendorfer

Ende März hat der britische Botschafter Simon McDonald, CMG (Commander of the Order of St. Michael and St. George), die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen besucht.

Der Diplomat nahm an einer Führung mit dem früheren Stasi-Häftling Michael Lotsch teil und traf dabei auch mit dem stellvertretenden Direktor der Gedenkstätte, Helmuth Frauendorfer, zusammen.

Im Anschluss an den Rundgang brachte er im Gästebuch der Gedenkstätte seine Bestürzung zum Ausdruck: „Traurig, wichtig und beeindruckend - alle Berlin-Besucher sollten diese Gedenkstätte besuchen!“ ■



Besichtigung des U-Boots: Simon McDonald und Hellmuth Frauendorfer



Berliner Chemicell GmbH unterstützt Förderverein finanziell

von Jörg Kürschner

Der Vorstand des Fördervereins ist Herrn Christian Bergemann zu großem Dank verpflichtet. Der Geschäftsführer des renommierten Unternehmens Chemicell GmbH hat dem Förderverein eine großzügige Spende zu kommen lassen.

Chemicell ist im Bereich der Nanotechnologie tätig, entwickelt und produziert funktionalisierte magnetische Nano- und Mikropartikel, sowie darauf basierend Systeme für biotechnologische- und medizinische Anwendungen.

Wir sind für die Zuwendung besonders dankbar, denn im November werden wir zum dritten Mal den Hohenschönhausen-Preis verleihen. Die Auszeichnung geht an eine Persönlichkeit, die sich besonders um die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur verdient gemacht hat. Das Preisgeld beträgt 5.000. Der Preis kann auch geteilt werden.

Christian Bergemann wurde am 13. August 1963 geboren, exakt zwei Jahre nach dem Bau der Mauer. Als 16jähriger wird der Ostberliner Schüler 1979 zusammen mit Freunden verhaftet. Die besorgten Eltern werden lange über das Schicksal ihres minderjährigen Sohnes im Unklaren gelassen, sind Demütigungen durch den Staatssicherheitsdienst ausgesetzt. Schließlich wird Christian Bergemann

wegen „staatfeindlicher Hetze“ (§ 106 StGB/DDR) zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Er hatte Flugblätter für die freie Meinungsäußerung verteilt; ein Staatsverbrechen in der zweiten deutschen Diktatur.

Mitte März 1983 wird Bergemann aus der Haft entlassen und darf in den freien Teil Berlins ausreisen. „Eine brutale Aktion gegenüber einem jungen Mann, der zur Tatzeit gerade 16 Jahre alt war und nichts verbochen hatte“, heißt es in dem lesenswerten Buch „Abseits der Protokollstrecke“ von Werner Braune.

Der Pfarrer hat seinerzeit wesentlich dazu beigetragen, dass der „Strafgefangene Bergemann“ ausreisen konnte; trotz einiger bürokratischer Hindernisse im Bonner Beamtenapparat. ■



Christian Bergemann (rechts im Bild) zusammen mit dem polnischen Staatspräsidenten Bronislaw Komorowski. Als „Revanche“ seiner Inhaftierung hat Bergemann in den 80-iger Jahren maßgeblich den Nachschub der polnischen Untergrundbewegung für Europa-Mitte organisiert (neben dem Studium). Hierfür wurde er im September 2010 mit dem Kommandeurskreuz des polnischen Verdienstorden ausgezeichnet.



Das „Trauma der zweiten Generation“. Erfahrungen von Kindern politischer DDR-Häftlinge

von Jörg Kürschner



Podiumsdiskussion zwischen Wissenschaftlern und Vertretern der „zweiten Generation“

Auf einer gemeinsamen Podiumsveranstaltung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ging es Mitte Februar um die Spätfolgen politischer Verfolgung für die zweite Generation.

Schätzungsweise 300.000 Menschen waren in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR aus politischen Gründen in Haft. Für viele von ihnen war die Zeit der Gefangenschaft die schlimmste ihres Lebens. Doch nicht nur für sie war die Haft traumatisierend. Auch ihre Kinder wurden auf vielfältige Weise in Mitleidenschaft gezogen. Oft wirken die seelischen Verletzungen bis in die zweite Generation.

Auf der Veranstaltung wurden die Ergebnisse von Wissenschaftlern der

Universität Leipzig diskutiert, die erstmals untersucht haben, wie sich die Erfahrung politischer Verfolgung auf die Kinder der Inhaftierten ausgewirkt hat. Es stellte sich heraus, dass das „Trauma der zweiten Generation“ bislang in der Öffentlichkeit kaum thematisiert worden ist.

„Besonders hart war das Schicksal für die Kinder, die in den vierziger und fünfziger Jahren in den sowjetischen Speziallagern und den Gefängnissen der DDR geboren wurden und dort Jahre ihres Lebens zubringen mussten“, betonte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky.

Nach der Auflösung der Lager wurden die Kinder gewaltsam von den Müttern getrennt und in Kinderheime gebracht oder zur Adoption freigegeben. „Diese Kinder sahen ihre Mütter oft erst Jahre, manchmal Jahrzehnte später wieder“.

Doch die besonderen Härten, die Kinder von politisch Verfolgten erleiden mussten, waren nicht auf die frühen Jahre der DDR beschränkt. Bis 1989 wurden die Kinder bei Verhaftungen zudem häufig als Druckmittel eingesetzt. Es wurde gedroht, dass sie in Heime eingewiesen oder zur Adoption freigegeben würden. ■



Neuer Bezirksbürgermeister Andreas Geisel bei Dr. Hubertus Knabe

von Jörg Kürschner

Mitte November haben alle Demokraten im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen aufgeatmet. Der SPD-Politiker Andreas Geisel wurde von den Verordneten zum Bürgermeister des Bezirks Lichtenberg gewählt. Der 46jährige ist der erste Bürgermeister seit 1995, der nicht mehr von der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ gestellt wird. Besonders erfreut zeigte sich auch André Gaedecke, langjähriges Mitglied des Fördervereins und SPD-Bezirksverordneter in Berlin Marzahn-Hellersdorf.

Eine Zählgemeinschaft von CDU und Bündnis90/Die Grünen hat es der SPD ermöglicht, Geisel als Nachfolger von Christa Emmrich durchzubringen; eine SED-Funktionärin seit 1974. Bald nach seinem Amtsantritt hat Geisel die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen aufgesucht und ein Gespräch mit Direktor Hubertus Knabe geführt. Mitte März haben auch die Jungsozialisten zusammen mit Geisel die Gedenkstätte besucht und unter der Führung von FV-Gründungsmitglied Vera Lengsfeld die Opfer der kommunistischen Diktatur gewürdigt.

Auf der Netzseite der „Jusos Lichtenberg“ heißt es: „Als Bezirk Lichtenberg kommt uns eine besondere Bedeutung bei der Verarbeitung der Geschichte der DDR zu.“

Schulen aus Lichtenberg und Berlin sollten mit ihren Schülerinnen und Schülern verstärkt diese Gedenkstätte besuchen. Andreas Geisel hat versprochen, dass der Bezirk stärker mit der Gedenkstätte zukünftig zusammenarbeiten wird, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Politisch muss sich die Partei die Linke endlich dazu durchringen, mit ihrer Vergangenheit und der der DDR kritisch und wahrheitsmäßig umzugehen. Wir werden im nächsten Jahr eine Führung organisieren, so dass auch wir uns jedes Jahr erneut vor Augen führen, welche Schandtaten auch in der jüngsten Geschichte Menschen vollführten!“ ■



Bezirksbürgermeister Andreas Geisel wird von FV-Gründungsmitglied Vera Lengsfeld durch die Gedenkstätte geführt



Kurznachrichten

■ Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat 2011 einen neuen Besucherrekord verzeichnet. Etwa 342 000 Menschen aus aller Welt haben im vergangenen Jahr die frühere zentrale Untersuchungshaftanstalt des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit besichtigt. Dies sind etwa 10 000 Besucher mehr als im Vorjahr. Die Gedenkstätte stoße nunmehr an die Grenzen ihrer baulichen und personellen Kapazitäten, sagte Direktor Hubertus Knabe. „Immer häufiger müssen wir Besucher zurückweisen, weil das Haus voll ist“. jök

■ Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen unterstützt die Bemühungen zur Aufarbeitung der Vergangenheit in Tunesien. „Wir möchten, dass der arabische Frühling langfristig Bestand hat. Dafür ist eine Auseinandersetzung mit den gestürzten Diktaturen unverzichtbar“, erklärte Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe. Zusammen mit tunesischen Partnern will die Gedenkstätte in Tunesien Zeitzeugeninterviews aufnehmen, Forschungsprojekte initiieren, Ausstellungen zeigen und Veranstaltungen durchführen. Das zweijährige Projekt wird vom Auswärtigen Amt finanziert. jök

■ Der Personalrat der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat die Entscheidung des Berliner Abgeordnetenhauses kritisiert, die Gedenk-

stätte auch zukünftig vom öffentlichen Tarifrecht auszuschließen. „Wir bedauern diese Entscheidung sehr“, sagte die Personalratsvorsitzende Christiane Rudolph. Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe zeigte Verständnis für die Kritik. „Viele Mitarbeiter erhalten seit mehr als zehn Jahren dasselbe Gehalt. Es ist auch nicht zu vermitteln, warum die Stasiopfer-Gedenkstätte schlechter behandelt als vergleichbare Institutionen zum NS-Unrecht“. jök

■ Hessens Ministerpräsident und FV-Mitglied Volker Bouffier hat Literaturnobelpreisträger Günter Grass eine Verhöhnung der Opfer der SED-Diktatur vorgeworfen. Grass hatte das von Israel verhängte Einreiseverbot gegen ihn mit den Methoden der früheren DDR-Staatssicherheit verglichen. Hintergrund des Einreiseverbots für Grass ist dessen israelkritisches Gedicht „Was gesagt werden muss“. „Das Handeln des Staates Israel in Bezug auf ihre Person in die Nähe zur DDR-Staatssicherheit zu bringen, ist perfide und verhöhnt die Opfer der SED-Diktatur“, heißt es in Bouffiers Schreiben. jök

■ Der SPD-Politiker Egon Bahr hat sich für die baldige Schließung der Stasi-Unterlagenbehörde ausgesprochen. Das, was die Behörde in 20 Jahren für die Aufklärung des DDR-Systems habe leisten können, sei

geschehen. Darüber hinaus vertiefe sie die mentale Spaltung der Deutschen, da sie allein die Aufarbeitung der DDR-Geschichte betreibe, betonte der 90jährige, der als Bundesminister Anfang der 70er Jahre die innerdeutschen Verträge ausgehandelt hat. CDU/CSU-Fraktionsvize Arnold Vaatz wies die Forderung Bahrs scharf zurück. „Es gibt kaum einen, der den Opfern der Stasi größeren Schmerz zugefügt hat als Egon Bahr“. jök

■ Bundesbauminister Peter Ramsauer sieht keinen zwingenden rechtlichen Grund für einen Erhalt des Marx-Engels-Denkmal im Zentrum Berlins. Dabei bezieht sich der für den Wiederaufbau des Stadtschlusses zuständige CSU-Politiker auf den Einigungsvertrag, der keine Bestandsgarantie für einzelne künstlerische Werke gewähre. Ramsauer hatte vorgeschlagen, die Bronzefiguren von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Zentrum auf den Friedhof Friedrichsfelde zu verfrachten wo auch die ermordeten Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ruhen. „Das ist so eine Art sozialistisches Reste-Zentrum“. „Geschichtsvergessen“ nannte Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz die Idee. „Eine Auslagerung nach Friedrichsfelde, um aus der dortigen Gedenkstätte eine Art sozialistischen Streichelzoo zu machen, kann hier nicht die richtige Antwort sein.“ Das 1986 aufgestellte Marx-

Engels-Denkmal sei Zeugnis einer ganz bestimmten Geschichte und sollte würdig behandelt werden, betonte Schmitz, der auch Stiftungsratsvorsitzender der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist. Für eine Entfernung plädierte FV-Gründungsmitglied Vera Lengsfeld. „Das Denkmal stand gerade mal drei Jahre, als die SED-Diktatur gestürzt wurde. Daraus nachträglich ein Geschichtsereignis zu konstruieren, das unbedingt für die Nachwelt am ursprünglichen Ort bewahrt werden muss, ist Teil der Legendenbildung, die von den Linken seit dem Untergang der DDR betrieben wird“, meinte die frühere DDR-Bürgerrechtlerin gegenüber der Zeitschrift Superillu. jök

■ Die gescheiterte Präsidentschaftskandidatin der Linkspartei, Beate Klarsfeld, hat in den sechziger Jahren vierstelligen Geldbeträge der DDR-Partei SED erhalten, um ihre Kampagne gegen den damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zu finanzieren. Den DDR-Akten zufolge war das Geld als Dank für die Ohrfeige gedacht, die Klarsfeld dem CDU-Politiker im November 1968 in Berlin verabreicht hatte. „Mein Ziel war es, Nazis zu jagen und ihre Verbrechen an die Öffentlichkeit zu bringen“, rechtfertigte sich Klarsfeld. FV-Gründungsmitglied Lutz Rathenow kritisierte deren „Gleichgültigkeit gegenüber der Staatssicherheit“. jök

Gedenkstätte unterstützt Aufklärung der kommunistischen Verbrechen in Kambodscha

von Jörg Kürschner

Gedenkstätdirektor Hubertus Knabe besucht Tuol Sleng, das Mahnmal der Unmenschlichkeit in Phnom Penh



Die berühmte Folter- und Hinrichtungsstätte Tuol Sleng in Phnom Penh hat die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen um Unterstützung bei der Aufarbeitung der kommunistischen Massenmorde in Kambodscha gebeten.

Gedenkstätdirektor Hubertus Knabe hob bei seinem Besuch in der kambodschanischen Hauptstadt die Bedeutung des Rote-Khmer-Tribunals hervor. „Dem Gerichtshof fällt bei der Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus eine außerordentlich große Verantwortung zu – nicht nur für Kambodscha, sondern weit darüber hinaus“.

Der von der UNO und Deutschland finanzierte Gerichtshof soll die zwischen 1975 und 1979 von den Kommunisten begangenen Verbrechen aufklären und dazu beitragen, die Hauptverantwortlichen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Nach seinen Gesprächen mit dem Gerichtspräsidenten und dem Erziehungsminister des Landes hob Knabe die Notwendigkeit hervor, den Streit zwischen der UNO und Kambodscha zu beenden. Derzeit kann das Gericht nicht ermitteln, da sich die Regierung in Phnom Penh weigert, einen von der internationalen Staatengemeinschaft benannten Richter zu berufen. Die Roten Khmer wollten eine kommunistische Agrargesellschaft verwirklichen, vertrieben deshalb die Städter aufs Land, folterten und töteten mutmaßliche Regimegegner. So starben in nur vier Jahren in Kambodscha bis zu drei Millionen Menschen – bei insgesamt acht Millionen Einwohnern. ■

Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller fordert Freilassung von Liu Xiaobo

von Jörg Kürschner

Mit einer Lesung aus den Werken des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo haben sich Ende März in Berlin zahlreiche Künstler mit dem inhaftierten chinesischen Schriftsteller solidarisiert.

Die Aktion ging auf eine Initiative des Internationalen Literaturfestivals Berlin zurück, die weltweit zu Solidaritätslesungen mit Liu Xiaobo aufgerufen hatte. Dabei machte sich die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller für den seit mehr als drei Jahren inhaftierten Dissidenten stark. „Es ist eine Katastrophe, dass das Regime solche Leute ins Gefängnis steckt, ihnen das Leben stiehlt und sie so systematisch kaputt macht“.

Müller hatte sich bereits im Dezember vergangenen Jahres bei der vom Förderverein initiierten Protestveranstaltung „Aktion leerer Stuhl“ für die sofortige Freilassung Liu Xiaobos eingesetzt.

Bei der neuerlichen Solidaritätsaktion betonte der chinesische Autor Liao Yiwu, die Lage in seiner Heimat habe sich seit dem letzten Jahr weiter verschlechtert. „China ist zwar reicher geworden, aber Demokratie ist nicht in Sicht“, Große Hoffnungen setzte er in Bundeskanzlerin Angela Merkel, die selbst die Erfahrung gemacht habe, dass die Menschenwürde kostbarer sei als das Materialistische.

Liu Xiaobo wurde 2008 festgenommen und zu elf Jahren Haft verurteilt. Der Vorwurf lautet: „Anstachelung zur Subversion gegen die Staatsmacht“.



Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller unterstützte bereits im Dezember die Protestveranstaltung des Fördervereins



Dienstszitz von Stasi-Minister Erich Mielke saniert und der Öffentlichkeit übergeben

von Jörg Kürschner



Das Büro von Erich Mielke, Stasi-Minister von 1957 – 1989

Mitte Januar, pünktlich zum 22. Jahrestag der Erstürmung des Stasi-Ministeriums, ist der frühere Dienstszitz Erich Mielkes nach 18-monatiger Renovierung der Öffentlichkeit übergeben worden. Seitdem können die Besucher mit eigenen Augen sehen, wie der gefürchtete Kommunist in seiner Ministeretage residierte.

Zwei Vorzimmer, Küche, Privatappartement für ein schnelles Nickerchen wenn die Verfolgung der Konterrevolution allzu anstrengend wurde, Fernseher, Bad und Toilette – Erich Mielke fehlte es an nichts. „Am Ort der Täter

ist es besonders wichtig, an die Opfer zu erinnern, um ihr Leid nicht in Vergessenheit geraten zu lassen“, sagte Kulturstaatsminister Bernd Neumann bei der Eröffnung.

Jörg Dieselmann, Chef des Stasimuseums und einst in der DDR als „Rädelsführer einer staatsfeindlichen Gruppierung“ zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, zeigte sich zufrieden über die Sanierung. Vor Beginn der Bauarbeiten im Haus 1 in Berlin-Lichtenberg war befürchtet worden, die Zentrale der Unterdrückung könnte in ein modernes, glattes Museum



Besprechungs- und Büroräume

verwandelt werden. Diese Sorgen sind weitgehend berücksichtigt worden. So fallen die modernen Isolierscheiben in den alten Fensterrahmen kaum auf. Der Stasi-Muff, die proletarische Spießigkeit sind weiterhin zu spüren.

Dem Trägerverein des Stasimuseums, der Antistalinistischen Aktion (Astak), ist es zu verdanken, dass Mielkes Diensträume nach dem Mauerfall nicht geplündert wurden, sondern erhalten geblieben sind. Seitdem Roland Jahn die Stasiunterlagenbehörde von Marianne Birthler übernommen



„Haus 1“ des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit

hat, hat sich auch die Zusammenarbeit mit dem Opferverband spürbar verbessert.





Tobias Voigt, Peter Erler: „Medizin hinter Gittern. Das Stasi-Haftkrankenhaus Berlin-Hohenschönhausen“

von Jörg Kürschner

„Geben Sie zu, Sie waren bewaffnet! Erst reden Sie, dann wird operiert!“. Originalton eines Stasi-Offiziers gegenüber dem 22jährigen Dieter Hötger, der im Sommer 1962 einen Fluchttunnel von West- nach Ostberlin gegraben hatte. Von sieben Kugeln getroffen wird Hötger schließlich notoperiert – von einem inhaftierten Zahnarzt denn Spezialisten waren Fehlanzeige im Haftkrankenhaus des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Es befand sich auf dem Gelände des zentralen Stasi-Untersuchungsgefängnisses Berlin-Hohenschönhausen, ist inzwischen umfangreich saniert und u. a. mit Mitteln des Fördervereins für Besucher zugänglich gemacht worden. Zu DDR-Zeiten waren hier mehr als 3.000 Menschen eingesperrt.

Angeschossene Flüchtlinge, schwerkranke politische Häftlinge oder Gefangene, die unter einer Haftpsychose litten oder in den Hungerstreik getreten waren. Sie wurden aus der ganzen DDR hier eingeliefert. In ihrem aufwendig recherchierten Buch beschreiben Tobias Voigt und Peter Erler detailliert Gründung, Struktur und Arbeitsweise des Haftkrankenhauses.

Die Autoren haben dafür systematisch Dienstanweisungen, Kaderakten und Einlieferungsbücher ausgewer-

tet, aber auch ehemalige Mitarbeiter befragt. Von diesen „Vernehmern im weißen Kittel“ musste sich nach dem Mauerfall nur der Nervenarzt Horst Böttger juristischen Verfahren stellen, die freilich mit Freisprüchen endeten.

Der Vorwurf fehlerhafter medizinischer Behandlung von erkrankten Inhaftierten erschien dem Gericht nicht hinreichend beweisbar. Und so praktiziert der hochrangige MfS-Offizier, Jahrgang 1939, bis heute drei Straßen von seinem früheren Arbeitsplatz Haftkrankenhaus entfernt als Neurologe. Dieter Hötger wurde übrigens trotz schwerster Verletzungen zu insgesamt 17 Jahren Haft verurteilt.

1972 kaufte ihn die Bundesrepublik frei. Eine Kugel blieb in seiner Lunge stecken. Hötger hat sie sich nie herausoperieren lassen. „So trage ich mein Beweisstück immer bei mir“, sagt er.



Tobias Voigt, Peter Erler: Medizin hinter Gittern – Das Stasi-Haftkrankenhaus in Berlin-Hohenschönhausen. Jaron Verlag 2011. 96 Seiten, 12.00 Euro



Karl Wilhelm Fricke: „Praxis der Anwaltstätigkeit in der SBZ und in der DDR“

von Jörg Kürschner

Zum 140. Gründungsjubiläum des Deutschen Anwaltvereins haben 56 Autoren ersten Ranges aus Wissenschaft und Praxis mit „Anwälte und ihre Geschichte“ eine Autobiographie der Anwaltschaft vorgelegt.

Darunter ist auch das FV-Gründungsmitglied Karl Wilhelm Fricke, das zur „Praxis der Anwaltstätigkeit in der SBZ und in der DDR“ Stellung nimmt. Der renommierte Publizist beleuchtet die Stellung und Funktion des Anwalts, der bereits ab 1953 per Verordnung gezwungen wurde, sich in Kollegien zu organisieren. Bereits vier Jahre nach Gründung der DDR ist damit massiv in die Freiheit und Unabhängigkeit der Advokatur eingegriffen worden. Die Kontrolle über die Kollegien und ihre Mitglieder wurde offiziell durch das Justizministerium und inoffiziell durch das Ministerium für Staatssicherheit ausgeübt.

„In den Kollegien schlossen sich diejenigen Anwälte zusammen, die erkannt hatten, dass das Kollegium die sozialistische Form der Organisation der Arbeit der Rechtsanwälte ist und dass dem Sozialismus in Deutschland die Zukunft gehört“, begrüßte der langjährige Vorsitzende des Ostberliner Anwaltskollegiums, Friedrich Wolff die Abkehr vom Einzelanwalt. IM Jura gehörte in der DDR zur Anwaltselite, trat als „Verteidiger“ in politischen Prozessen auf und erwies

sich als ein besonders übler Vertreter seines Berufsstandes. So weigerte sich Wolff 1956, die Verschleppung seines Mandanten Karl Wilhelm Fricke aus West- nach Ostberlin vor Gericht zur Sprache zu bringen. Der Journalist war von der Stasi entführt, in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen verbracht und wegen „Kriegs- und Boykotttätze“ in einem Geheimprozess zu vier Jahren Haft verurteilt worden.

Wolff verstieg sich später in seiner Autobiographie sogar zu der Formulierung: „Fricke hatte also auch nach BRD-Maßstäben Spionage begangen.“ Zu Recht urteilte ein Rezensent: „Wer so einen Verteidiger hat, braucht keine Ankläger mehr.“ In seiner lesenswerten Abhandlung lässt Fricke seine persönlichen Erlebnisse mit Wolff unerwähnt und beschämt diesen willfährigen Büttel der kommunistischen Diktatur ein weiteres Mal.



Anwälte und ihre Geschichte, herausgegeben vom Deutschen Anwaltverein. Mohr Siebeck Verlag 2011, 1242 Seiten, 144.00 Euro.



Heike Hoffmeister: „Strafvollzugsanstalt Rummelsburg 1951-1990“

von Jörg Kürschner

„Deshalb begrüße ich es als ehemals hier Gefangener sehr, dass nunmehr auch die wissenschaftliche Erforschung des Haftortes Rummelsburg beginnt und die einstigen Opfer so dem Vergessen entrückt werden“, heißt es in dem Vorwort des FV-Vize-Vorsitzenden Matthias Bath zu der Broschüre „Strafvollzugsanstalt Rummelsburg 1951-1990“.

Darin berichten vier Zeitzeugen über ihren schwierigen Alltag im ehemaligen DDR-Gefängnis. Die Historikerin und Autorin Heike Hoffmeister bündelt die biografischen Erzählungen in den jeweiligen Zeitabschnitt ein.

Die Broschüre veranschaulicht durch reiches, teils noch unveröffentlichtes Bildmaterial das Leben der Gefangenen. Viele von ihnen mussten zuvor die Untersuchungshaft im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen verbringen.

Zu Wort kommt in der informativen Broschüre auch FV-Mitglied Hartmut Richter, wie Bath ein Fluchthelfer mit idealistischen Motiven, der seine Bewacher ob seines Widerstandsgeistes oft zur Weißglut gebracht hat. „Der Strafgefangene Richter ist ein Feind der DDR“, befand das Strafvollzugspersonal. Trotz seiner verzweifelten Situation dürfte Richter den Fluch als höchstes Lob empfunden haben.

Die Broschüre wird ergänzt durch den großformatigen, detailreichen Faltplan „Berlin-Rummelsburg: Ein preußisches Arbeitshaus im Wandel der Zeit, 1877 – heute“. Dieser stellt die Funktionen der teils noch existierenden, teils abgerissenen Bauten seit ihrer Entstehung dar. Längst hat sich das Areal in Berlin-Lichtenberg in ein neues Wohngebiet verwandelt.

Dort betreibt FV-Mitglied Huberta Bettex von Schenck in der einstigen Krankenstation eine kleine Pension, die die Geschichte des Haftortes aufgreift und ihr feinfühlig gerecht wird.



Heike Hoffmeister:
Strafvollzugsanstalt Rummelsburg 1951-1990.
WiR erinnern 2011.
60 Seiten, Schutzgebühr
2,00 Euro



Filmpremiere: „Nachholen gibt's nicht“

von Jörg Kürschner

Berlin-Rummelsburg steht auch im Focus des Dokumentarfilms „Nachholen gibt's nicht“, der die Lebensgeschichte von vier Ex-DDR-Häftlingen erzählt. Diese könnten unterschiedlicher kaum sein, und doch eint sie etwas: Sie waren eigensinnig genug, um nicht zuerst nach den Konsequenzen ihres Tuns zu fragen.

Geprägt von den Umständen der Zeit und der Familien, in denen sie aufgewachsen sind, haben sie gehandelt. Dabei sind sie in Konflikt geraten mit den Gesetzen und einer Staatsmacht, die Widerspruch und Eigensinn nicht dulden wollte.

Den Regisseuren Uta Rüchel und Rüdiger Disselberger sind einfühlsame Portraits von Horst Jänichen, Rolf Kranz, Wolfgang Wenzel und Mike Fröhnel gelungen. Horst Jänichen etwa, Jahrgang 1931, wurde als 15jähriger zunächst in Sachsenhausen inhaftiert, denn die Kommunisten hatten das KZ von den Nationalsozialisten bald nach Kriegsende übernommen.

Später wurde Jänichen u. a. wegen seiner Kontakte zur noch nicht verbotenen SPD im Prenzlauer Berg erneut verhaftet und zu acht Jahren Haft verurteilt. Das spätere Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses gab dem Film seinen Titel. „Nachholen gibt's nicht“, sagt er im Rückblick auf sein

hartes Lebensschicksal. Rolf Kranz dagegen, Jahrgang 1955, wurde 1980 wegen „Menschenhandels“ inhaftiert. Er hatte in ausgelassener Stimmung einem ausreisewilligen DDR-Deutschen im Ostteil Berlins seinen Reisepass überlassen.

Mit feinem Gespür zeichnen die Regisseure dessen Beweggründe und Lebensweg nach. Ein gelungenes persönliches Portrait wie der Verfasser dieser Zeilen zu beurteilen vermag, da er zusammen mit Kranz und weiteren sieben Häftlingen die Zelle in Rummelsburg hat teilen müssen.

Es ist zu hoffen, dass der etwa 50 Minuten lange Film, der mit Unterstützung des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen entstanden ist, bundesweit in den Schulen gezeigt wird.



Nachholen gibt's nicht – Der Rummelsburgfilm, Dokumentarfilm mit Begleitmaterial für die Bildungsarbeit.
Länge: 52 Min.
Buch / Regie: Uta Rüchel, Rüdiger Disselberger
Kamera: István Imreh
Schnitt: Julia Karg
Ton: Uwe Bossenz
14,99 Euro



Matthias Bath: „Danebrog gegen Hakenkreuz. Der Widerstand in Dänemark 1940-1945“

von Jörg Kürschner

Über Ereignisse in Dänemark während des Zweiten Weltkriegs ist hierzulande bisher nur wenig bekannt.

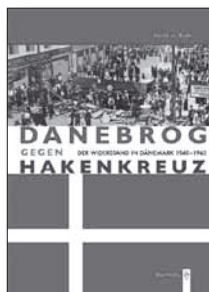
FV-Gründungsmitglied Matthias Bath beschäftigt sich seit langem mit der Geschichte unseres nördlichen Nachbarn und hat jetzt einen fundierten Überblick über den dänischen Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht vorgelegt, der aus der Bevölkerung heraus geleistet worden ist.

Dabei gilt die Aufmerksamkeit des Dänisch sprechenden Autors vor allem den jungen Menschen, die sich für Freiheit und Demokratie und gegen die Besetzung und Fremdbestimmung ihres Landes einsetzten.

Während in Deutschland das Verhältnis zu Dänemark längst von Tourismus und idealer Nachbarschaft geprägt ist, besteht in der dänischen Landespsyche durchaus noch Angst vor dem großen Nachbarn im Süden – so das erstaunliche Ergebnis des Verfassers nach umfangreichen Recherchen und Besuchen in Kopenhagen.

Wer verstehen will, wie tief das Trauma der Besetzung eines Landes sitzt, das von den Deutschen lediglich als Nebenschauplatz wahrgenommen wurde, wird die Analyse des Landeskenners mit großem Gewinn lesen.

„Bath schildert in spannender Weise ein Stück dänischer Geschichte. Das Ganze wirkt oft wie ein historischer Agententhriller – und ist doch keine Fiktion“, heißt es in der lesenswerten Rezension der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Mai. ■



Matthias Bath: Danebrog gegen Hakenkreuz: Der Widerstand in Dänemark 1940 – 1945. Wachholtz Verlag 2011. 368 Seiten, 32,00 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber:
Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Dinkelsbühler Steig 12
13465 Berlin

Telefon/Fax: +49 (30) 22 48 99 20

info@foerdereverein-hsh.de
www.foerdereverein-hsh.de

Redaktion:
Dr. Jörg Kürschner
André Kockisch
Gerold Hildebrand

Layout:
Anne Dück

Auflage:
700 Druckexemplare

BUCHHANDLUNG 89

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Genslerstr. 66
13055 Berlin

und

am Boxhagener Platz
Grünberger Straße 84
10245 Berlin

Telefon +49 (30) 29 04 96 11
Fax: +49 (30) 29 04 96 13

info@buchhandlung89.de
www.buchhandlung89.de

